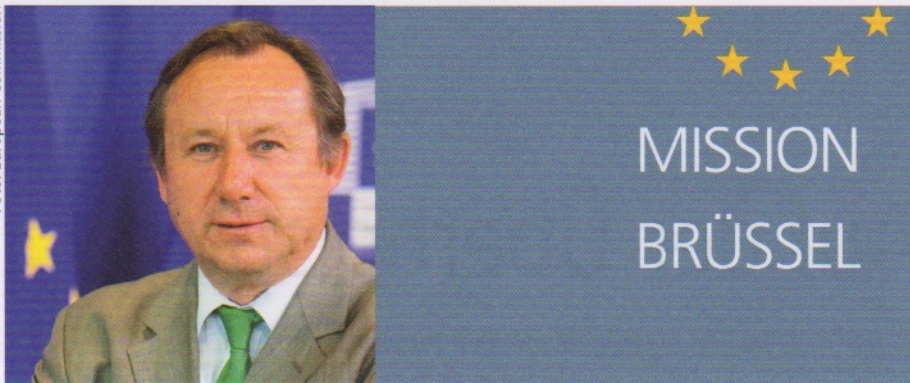




„Gegenseitige Wertschätzung“

Wolfgang Bartscher hat maßgeblich am neuen Rahmenprogramm Horizont Europa mitgearbeitet. Er hofft, dass ein wachsender Etat und die Verstärkung der missionsorientierten Forschung die Zusammenarbeit der Wissenschaft in Europa festigt.

duz Was halten Sie von dem Entwurf für Horizont Europa?

Bartscher An dem Vorschlag freut mich besonders, dass die Forschungs- und Innovationsausgaben von 77 auf 100 Milliarden Euro für den Zeitraum 2021 bis 2027 steigen. Damit hat die Europäische Kommission die Bedeutung von Forschung und Innovation für Europa unterstrichen. Weiterhin beinhaltet der Vorschlag eine gute Mischung zwischen bewährten Instrumenten und Neuerungen: Es gibt einerseits den Europäischen Forschungsrat und Marie Skłodowska Curie; andererseits eine stärkere missionsorientierte Forschung und die Einrichtung eines Europäischen Innovationsrats zur Förderung von anwendungsorientierten Vorhaben.

duz Worauf müssen sich Forscher und Wissenschaftler einstellen?

Bartscher Unter Horizont 2020 sind in Deutschland bisher rund 70 Prozent der Mittel an Universitäten und Forschungseinrichtungen geflossen. Auch das neue Rahmenprogramm sieht eine breite Beteiligungsmöglichkeit vor. So sollen die Mittel für die eher grundlagenorientierte Forschung im Rahmen des Europäischen Forschungsrates von 13 auf 16,8 Milliarden Euro erhöht werden. Zum anderen ist die länder- und

sektorenübergreifende Verbundforschung weiterhin das Herzstück des zentralen Förderpfeilers „Globale Herausforderungen und industrielle Wettbewerbsfähigkeit“. Er ist mit 52 Milliarden Euro ausgestattet. Das sollte die Erfolgsquote bei eingereichten Projekten im Vergleich zu Horizont 2020 steigern. Außerdem ist geplant, die Förderabwicklung weiter zu vereinfachen.

duz Gibt es ein Mittel gegen zunehmende nationalistische Strömungen?

Bartscher Die grenzübergreifende Zusammenarbeit von Wissenschaftlern in Europa war und ist eine treibende Kraft der europäischen Integration. Unter dem jetzigen Rahmenprogramm Horizont 2020 wurden mehr als 500 000 Kontakte geknüpft. Abgesehen vom wissenschaftlichen Mehrwert dieser Zusammenarbeit bedeutet dies auch tatsächliche Vernetzung, gegenseitige Wertschätzung und gelebten Erfahrungsaustausch über Kulturen und Grenzen hinweg.

Interview: Dr. Angela Lindner

Wolfgang Bartscher

ist seit 2009 stellvertretender Direktor der Generaldirektion Forschung und Innovation der Europäischen Kommission, die für das neue Forschungs- und Innovationsrahmenprogramm Horizont Europa verantwortlich ist.

Generaldirektion Forschung und Innovation der EU:

https://ec.europa.eu/info/research-and-innovation_en

Akademie in Ungarn in Gefahr

BUDAPEST Der Ungarischen Akademie der Wissenschaften soll zwei Drittel ihres Jahresbudgets von rund 125 Millionen Euro gestrichen werden, meldet die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ). Das gehe aus dem Haushaltsentwurf für 2019 hervor. Die der Wissenschaftsakademie abgezogene Summe soll dem neugeschaffenen Ministerium für Innovation und Technologie zuteil werden, das künftig über die Verteilung der Gelder verfügen können soll. Wissenschaftler fürchten, dass die bis 1994 herrschende Staatskontrolle über die Wissenschaftsakademie erneut greifen könnte. Anlässlich dieser Entwicklungen formulierte der Verbund europäischer Wissenschaftsakademien All European Academies (ALLEA) Ende Juni ein Protestschreiben an das Ministerium für Innovation und Technologie unter Minister László Palkovics. Daraufhin wurden im regierungsnahen Magazin „Figyelő“ erneut Wissenschaftler diskreditiert, nun Mitglieder der sozialwissenschaftlichen Abteilung der Wissenschaftsakademie, die wenig publizierten und häufig zu Migrations- und Genderthemen forschten. Die FAZ spricht von einer „Hetzkampagne, die den Beginn einer Hexenjagd markieren könnte“.

EU-Studierende bleiben gleichgestellt

LONDON Bildungsminister Damian Hinds kündigte an, dass Studierende aus EU-Ländern, die vom Herbst 2019 an in England ihr Studium aufnehmen wollen, bis zum Abschluss keine höheren Studiengebühren als bisher entrichten müssen und einheimischen Studierenden gleichgestellt bleiben sollen. Das berichtet die BBC. Die schottische Regierung hatte diesen Status EU-Studierenden schon im Februar zugesichert.